

# Bundesverfassungsrecht (Österreichisches Recht)

Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechts

Bearbeitet von  
Robert Walter, Prof. Dr. Dr. Heinz Mayer, Gabriele Kucsko-Stadlmayer

10. durchgesehene und ergänzte Auflage 2007. Buch. XLII, 850 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 214 08889 7  
Format (B x L): 15,4 x 23 cm  
Gewicht: 1286 g

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: Österreich](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer

# Bundes- verfassungsrecht

10. Auflage

Kurzlehrbuch

MANZ 

MANZSCHE KURZLEHRBUCH-REIHE

6

# Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechts

Auf Grundlage der von  
Robert Walter und Heinz Mayer  
gestalteten 1. bis 9. Auflage  
fortgeführt von

**DDr. Dr. h.c. Robert Walter**

Emeritierter Universitätsprofessor in Wien

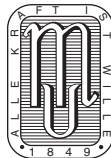
**DDr. Heinz Mayer**

Universitätsprofessor in Wien

**Dr. Gabriele Kucsko-Stadlmayer**

Universitätsprofessorin in Wien

10., durchgesehene und ergänzte Auflage



Wien 2007

Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

**Zitervorschlag:** *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer, Bundesverfassungsrecht*<sup>10</sup> (2007) [Rz].

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Autoren, der Herausgeber sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-08889-7 (br)  
ISBN 978-3-214-08888-0 (geb)

© 2007 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien  
Telefon: (01) 531 61-0  
eMail: [verlag@MANZ.at](mailto:verlag@MANZ.at)  
World Wide Web: [www.MANZ.at](http://www.MANZ.at)  
Datenkonvertierung, Satzherstellung und Druck:  
MANZ CROSSMEDIA, 1051 Wien

## Vorwort zur zehnten Auflage

Die vorliegende Neuauflage des vor einunddreißig Jahren erstmals erschienenen Werkes setzt den bisherigen Weg einer dogmatischen Darstellung des österreichischen Verfassungsrechts fort. Es hat offensichtlich breite Zustimmung gefunden und ist zu einem festen Bestandteil der Literatur zum Verfassungsrecht geworden. In die nunmehrige Neuauflage wurden die relevanten Rechtsänderungen sowie die Literatur und Judikatur in ihrer Weiterentwicklung seit dem Jahre 2000 einbezogen. Das Werk entspricht dem Stand vom 1. 1. 2007. Einige spätere Änderungen konnten noch eingearbeitet werden; darunter vor allem auch das am 5. Juni 2007 beschlossene Paket einer „Wahlrechtsreform“, mit der die Legislaturperiode des Nationalrats auf fünf Jahre verlängert, das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt und die Möglichkeit der Briefwahl eingeführt wurde. Berücksichtigt wurde die Fassung des Beschlusses des Nationalrats.

Als wesentlich ist zu berichten, dass die bisherigen Verfasser die ihnen methodisch nahe stehende Frau Univ.-Prof. *Dr. Gabriele Kucsko-Stadlmayer* eingeladen haben, an der vorliegenden Ausgabe als Mitautorin tätig zu werden; sie hat diese Einladung erfreulicherweise angenommen. Dergestalt erhält das Werk einen erweiterten Blick.

Die Assistenten der Verfasser, *Dr. Elke Ottensamer*, *Dr. Bettina Perthold-Stoitzner*, *Mag. Denise Pflug*, *Mag. Dr. Ingrid Pucher*, *Dr. Karl Stöger*, *MJur* und *Mag. Dr. Klaus Zeleny* haben sich durch ihre Mitarbeit um das Zustandekommen der vorliegenden Neuauflage verdient gemacht. Besonderer Dank gebührt Frau *Rosemarie Plattner* für die sorgfältige Bearbeitung des Manuskriptes.

Wir hoffen, dass auch die vorliegende zehnte Auflage die Aufgabe erfüllt, den Lesern das österreichische Verfassungsrecht nahezubringen und sie für dessen Probleme zu interessieren.

Wien, im Juni 2007

*R. Walter*

*H. Mayer*

*G. Kucsko-Stadlmayer*

## Aus dem Vorwort zur dritten Auflage

Die ersten beiden Auflagen waren binnen kurzer Zeit vergriffen. Dies und die überwiegend zustimmenden Besprechungen scheinen den Schluß zuzulassen, daß die Art der Darstellung weithin Zustimmung gefunden hat. Sie wurde daher im Wesentlichen beibehalten.

Soweit die Kritik Anregungen oder Einwände erhoben hat, wurden die bezogenen Positionen überprüft und zT geändert. Zu zwei grundsätzlichen Punkten der Kritik muß hier – vor allem auch zur Information des Lesers – folgendes bemerkt werden:

Zum einen wurde angeregt, daß der vorliegende Grundriß nicht nur das positive Verfassungsrecht beschreiben, sondern auch seine Bedeutung im politischen Prozeß darstellen solle. Die Autoren halten jedoch eine solche doppelte – verschiedene Methoden erfordernde – Betrachtung in einem Grundriß schon aus didaktischen Gründen nicht für zweckmäßig. Das hinderte freilich nicht daran (wie zT schon bisher) an verschiedenen Stellen – möglichst deutlich abgesetzte – Hinweise auf die politischen Hintergründe oder Wirkungen von Regelungen zu geben. Vielleicht ist damit dem erörterten Einwand wenigstens zT Rechnung getragen.

Der zweite grundsätzliche Punkt der Kritik geht dahin, daß eine auf der Methode der Reinen Rechtslehre aufbauende Arbeit zu keinen eindeutigen Ergebnissen kommen könne, wie sie sich jedoch vielfach finden. Dieser Einwand verkennt den Unterschied zwischen der grundsätzlichen rechtstheoretischen Offenheit für alle Methoden der Interpretation und der Auslegung eines Rechtsbereiches nach bestimmten festgelegten oder geltenden Interpretationsregeln. Die Autoren haben die von ihnen verwendeten Auslegungsregeln angegeben. Nach diesen ist zT ein eindeutiges, zT ein nur mögliches Ergebnis zu erzielen. Eine Divergenz zwischen methodischer Grundlage und gewonnenen eindeutigen Ergebnissen besteht daher nicht prinzipiell. Auch in diesem Punkt wurde jedoch die Kritik zum Anlaß genommen, um in jenen Fällen, in welchen divergente Auffassungen qualifiziert wurden, nochmals zu überprüfen, ob nicht auch sie vertretbar erscheinen. Soweit auf abweichende Meinungen lediglich hingewiesen wird, soll damit deutlich gemacht sein, daß auch sie in den Kreis der Betrachtung einzubeziehen sind. Es bedarf schließlich fast keines Hinweises darauf, daß die Autoren in ihrer Arbeit nicht eine abschließende Wiedergabe endgültiger Ergebnisse, sondern ein stets fortzusetzendes Bemühen um eine möglichst kurze und klare Darstellung unseres Wissensstandes auf dem Gebiet der Verfassungsdogmatik sehen.

Wien, im Juni 1980

*R. Walter*

*H. Mayer*

## Vorwort zur ersten Auflage

Der vorliegende Grundriß soll eine erste Einführung in das positive österreichische Verfassungsrecht bieten. Er beruht auf Walter, Österreichisches Bundesverfassungsrecht. System (1972); daher kann hier bezüglich näherer Einzelheiten, insb hinsichtlich der Literatur, allgemein auf diese Arbeit verwiesen werden.

Gegenüber dem erwähnten Basiswerk ist der Grundriss jedoch insb um eine rechtshistorische Einleitung und einen die Grundrechte behandelnden Teil erweitert. Er versucht auch in einer Reihe von Punkten die Verbindung zum Verwaltungsrecht stärker aufzuweisen. In verschiedenen Teilen waren die Verfassungsänderungen der letzten Jahre zu berücksichtigen.

Die Literaturangaben, die sich am Beginn der Kapitel oder der – mit römischen Zahlen bezeichneten – Abschnitte befinden, beschränken sich auf die wichtigeren Arbeiten zu einzelnen Teilgebieten unter besonderer Berücksichtigung des neuesten Schrifttums. Beim Studium des vorliegenden Grundrisses ist die Heranziehung einer Textausgabe des B-VG empfehlenswert.

Die Universitätsassistenten *Dr. Wolfgang Hackl*, *Dr. Clemens Jabloner* und *Mag. Walter Rill* haben sich durch sachliche und technische Mitarbeit um das Zustandekommen des vorliegenden Grundrisses verdient gemacht.

Möge diese Arbeit den Leser nicht nur in das österreichische Verfassungsrecht einführen, sondern ihn auch für dessen Probleme interessieren.

Wien, im August 1976

*R. Walter*

*H. Mayer*

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVII
Hinweise zur Zitierung von Literatur .....	XLI

## Theoretische Einleitung

I. Rechtswissenschaft und Recht .....	1
II. Recht und Verfassungsrecht .....	2
III. Der Stufenbau der Rechtsordnung .....	3
IV. Verfassungsrechtslehre, Verfassungsgeschichte, Verfassungspolitik .....	4

## Erster Teil: Entwicklung und Stand des österreichischen Verfassungsrechts

<b>1. Kapitel: Die Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts .....</b>	<b>5</b>
I. Entwicklung im dogmatischen und im rechtshistorischen Sinn; Kontinuität und Diskontinuität .....	5
II. Die historische Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts .....	6
A. Die Pragmatische Sanktion – Aufgeklärter Absolutismus .....	7
B. Die „Revolution 1848“ – Die Pillersdorffsche Verfassung .....	8
C. Der Kremstier Entwurf 1848/49 .....	12
D. Die oktroyierte Märzverfassung 1849 .....	14
E. Das Sylvesterpatent 1851 .....	15
F. Das Oktoberdiplom 1860 .....	16
G. Das Februarpatent 1861 .....	17
H. Das Sistierungspatent 1865 .....	19
I. Die österreichisch-ungarische Monarchie .....	20
J. Die Dezemberverfassung 1867 .....	21
K. Die Republik Österreich (1. Republik) .....	24
1. Die Bildung der Republik Deutschösterreich .....	25
2. Die konstituierende Nationalversammlung .....	27
3. Der Staatsvertrag von St. Germain .....	27
4. Die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 .....	28
5. Die Bundesverfassungsnovelle 1925 .....	29
6. Die Bundesverfassungsnovelle 1929 .....	29
L. Die Verfassung 1934 .....	30
M. Der „Anschluss“ .....	32
III. Die Entwicklung der Verfassungs(rechts)wissenschaft in Lehre und Forschung .....	32
IV. Die kontinuierliche Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts (2. Republik) .....	34
A. Der Beginn der kontinuierlichen Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts .....	35
B. Die Weiterentwicklung des österreichischen Verfassungsrechts .....	36
1. Die Zeit der Vorläufigen Verfassung (1. 5. 1945 – 19. 12. 1945) .....	37
Exkurs: Die Rechtsüberleitung .....	38

2. Die Verfassungsentwicklung vom 19. 12. 1945 bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages von Wien (27. 7. 1955) .....	41
3. Die Verfassungsentwicklung vom Inkrafttreten des Staatsvertrages von Wien (27. 7. 1955) bis zur Gegenwart (1. 1. 2007) .....	43
Exkurs: Die Entwicklung des Landesverfassungsrechts .....	51
<b>2. Kapitel: Der Stand des österreichischen Bundesverfassungsrechts .....</b>	<b>53</b>
<b>3. Kapitel: Verfassungsreform .....</b>	<b>55</b>
I. Allgemeines .....	56
II. Der Österreich-Konvent .....	58
<b>4. Kapitel: Die Wiederverlautbarung .....</b>	<b>60</b>
I. Allgemeines .....	60
II. Gegenstand der Wiederverlautbarung .....	61
III. Die Rechtswirkungen der Wiederverlautbarung .....	61
<b>5. Kapitel: Interpretation und Anwendung des Verfassungsrechts .....</b>	<b>62</b>
I. Grundlegende Begriffe und Probleme .....	63
1. Die Interpretation .....	63
2. Die Interpretation von verschiedenen Rechtserscheinungen .....	64
3. Interpretation und Rechtsanwendung .....	64
II. Die Interpretation des österreichischen Verfassungsrechts .....	65
III. Die Analogie .....	69
<b>6. Kapitel: Literatur und Judikatur zum österreichischen Verfassungsrecht ....</b>	<b>70</b>
1. Quellsammlungen .....	70
2. Materialiensammlungen .....	70
3. Kommentare .....	71
4. Systematische Darstellungen .....	71
5. Monografien .....	71
6. Entscheidungssammlungen .....	71
7. Indices .....	72
8. Zeitschriften .....	73
9. Publikationsreihen .....	73
10. Automationsunterstützte Datenabfrage .....	73

## **Zweiter Teil: Grundlagen**

<b>1. Kapitel: Die Grundprinzipien des österreichischen Verfassungsrechts .....</b>	<b>75</b>
I. Grundlegende Begriffe und Probleme .....	75
II. Das demokratische Prinzip .....	78
Exkurs: Die politischen Parteien .....	82
III. Das republikanische Prinzip .....	85
IV. Das bundesstaatliche Prinzip .....	85
V. Das gewaltentrennende Prinzip .....	88
VI. Das liberale Prinzip .....	89
VII. Das rechtsstaatliche Prinzip .....	89
Exkurs: Die staatsrechtliche Bedeutung der immerwährenden Neutralität Österreichs .....	93
<b>2. Kapitel: Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatssprache und staatliche Symbole .....</b>	<b>95</b>
I. Das Staatsgebiet (Bundesgebiet und Landesgebiete) .....	95
A. Grundlegende Begriffe und Probleme .....	96

B.	Die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Festlegung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	96
1.	Die Festlegung des Bundesgebiets	96
2.	Die Festlegung der Landesgebiete	98
C.	Die Begrenzung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	98
1.	Die Begrenzung des Bundesgebiets	98
2.	Die Begrenzung der Landesgebiete	99
D.	Änderung, Festlegung und Vermarkung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	100
1.	Änderung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	100
2.	Festlegung des Bundesgebiets und der Landesgebiete	101
3.	Vermarkung der Bundesgrenzen und der Landesgrenzen	101
E.	Das Bundesgebiet als einheitliches Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebiet	101
1.	Das Bundesgebiet als einheitliches Währungsgebiet	101
2.	Das Bundesgebiet als einheitliches Wirtschaftsgebiet	101
3.	Das Bundesgebiet als einheitliches Zollgebiet	102
F.	Die Bundeshauptstadt	103
II.	Das Staatsvolk (Bundesvolk und Landesvolk)	103
A.	Grundlegende Begriffe und Probleme	103
B.	Der Kreis der Verpflichteten (Normadressaten, Rechtsunterworfenen)	104
C.	Der Kreis der Ermächtigten	105
D.	Die Staatsbürgerschaft	105
1.	Begriff und Bedeutung der Staatsbürgerschaft	105
2.	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts	106
Exkurs: Das Staatsbürgerschaftsrecht	107	
III.	Die Staatssprache	108
IV.	Die staatlichen Symbole	109
A.	Das Staatswappen	109
B.	Das Staatssiegel	109
C.	Die Staatsfarben und die Staatsflagge	110
D.	Die Staatshymne	110
<b>3. Kapitel: Das Völkerrecht und die österreichische Rechtsordnung</b>		110
I.	Die Transformation von Völkerrecht in das innerstaatliche Recht	110
A.	Der Begriff der Transformation	111
B.	Spezielle und generelle Transformation	112
C.	Die rechtliche Bedeutung völkerrechtswidriger Staatsakte	112
II.	Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	112
A.	Der Begriff der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	113
B.	Der Rang der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	113
III.	Abschluss und Transformation von Staatsverträgen	114
A.	Der Begriff des Staatsvertrages	115
B.	Staatsverträge des Bundes	116
1.	Die zum Abschluss von Staatsverträgen berufenen Organe	116
2.	Das Abschlussverfahren	118
3.	Kundmachung und Inkrafttreten der Staatsverträge	118
4.	Außerkräfttreten der Staatsverträge	119
5.	Der Erfüllungsvorbehalt	120
C.	Staatsverträge der Länder	121
1.	Allgemeines	122
2.	Umfang der Kompetenz und Vertragspartner	122

3. Organe und Verfahren des Vertragsabschlusses .....	122
4. Kundmachung, Inkrafttreten, Durchführung und Außerkrafttreten von Staatsverträgen .....	123
IV. Einseitige völkerrechtliche Rechtsgeschäfte .....	124
V. Supranationales Recht .....	124
<b>Exkurs: Das Recht der Europäischen Union und die österreichische Rechtsord-</b> <b>      nung</b> .....	125
I. Die Europäische Union (EU) .....	125
II. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union .....	129
III. Das Recht der Europäischen Union .....	130
IV. Das Recht der Europäischen Union im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung .....	132
V. Bundesverfassungsrechtliche Regelungen betreffend die Bestellung und die Tätigkeit von Organen der Europäischen Union .....	136
A. Die Bestellung von Organen .....	137
B. Die Mitwirkung des Nationalrats und des Bundesrats an der Tätigkeit Österreichs in der Europäischen Union .....	138
C. Die Mitwirkung der Länder an der Tätigkeit Österreichs in der Euro- päischen Union .....	139
D. Besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicher- heitspolitik der Europäischen Union aufgrund des Titels V des EUV ..	140
VI. Auswirkungen des Beitritts zur Europäischen Union auf das österrei- chische Rechtsschutzsystem und das Rechtsschutzsystem der Europäischen Union .....	140
A. Ausschluss des österreichischen Rechtsschutzsystems hinsichtlich der Anfechtung von EU-Recht .....	142
B. Anfechtung innerstaatlicher Rechtsakte wegen EU-Rechtswidrigkeit ..	142
C. Rechtsschutz gegen Akte des EU-Rechts oder Säumnis von Organen der Europäischen Union .....	145
D. Die Vorabentscheidung .....	146
<b>4. Kapitel: Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern</b> .....	147
I. Grundbegriffe .....	147
A. Kompetenz-Kompetenz .....	148
B. Die Kompetenz zur Gesetzgebung und die Kompetenz zur Vollziehung	150
C. Das Adhäsionsprinzip .....	151
D. Die Bedarfskompetenz .....	152
II. Die allgemeine Kompetenzverteilung .....	154
A. Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung und zur Vollziehung	157
B. Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung, des Landes zur Voll- ziehung .....	158
C. Die Zuständigkeit des Bundes zur Grundsatzgesetzgebung, des Landes zur Ausführungsgesetzgebung und zur Vollziehung .....	158
D. Die Zuständigkeit des Landes zur Gesetzgebung und zur Vollziehung .	159
III. Die besondere Kompetenzverteilung .....	160
A. Sonderfälle zur allgemeinen Kompetenzverteilung .....	160
B. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Finanzwesens .....	161
1. Die Ertragshoheit – Abgabentypen .....	163
2. Die Verteilung der Besteuerungsrechte (Abgabenerhebungskompe- tenz) .....	164
3. Die Kostenregelungskompetenz .....	166

4. Finanzausweisungen und Zuschüsse . . . . .	168
5. Kreditwesen . . . . .	168
C. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens . . . . .	169
D. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet des Vergabewesens . . . . .	170
E. Die Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Privatwirtschaftsver- waltung . . . . .	172
IV. Die Interpretation der Kompetenznormen . . . . .	173
A. Allgemeines . . . . .	174
B. Versteinerungstheorie . . . . .	174
C. Gesichtspunktetheorie . . . . .	175
D. Die Rücksichtnahmepflicht . . . . .	176
E. Weitere Interpretationsgesichtspunkte . . . . .	177

### **Dritter Teil: Die Gesetzgebung des Bundes**

<b>I. Kapitel: Der Nationalrat</b> . . . . .	178
I. Einleitung . . . . .	178
II. Die Wahl der Mitglieder des Nationalrats . . . . .	178
A. Materielles Wahlrecht . . . . .	179
1. Die Wahl durch das Bundesvolk . . . . .	179
2. Die Prinzipien des Wahlrechts . . . . .	179
3. Das aktive Wahlrecht . . . . .	183
4. Das passive Wahlrecht . . . . .	183
5. Die Wahlparteien . . . . .	184
B. Das Wahlverfahren . . . . .	184
1. Die Verteilung der Mandate auf die Wahlkreise . . . . .	185
2. Die Ausschreibung der Wahl . . . . .	187
3. Die Wahlbehörden . . . . .	187
4. Die Erfassung der Wahlberechtigten . . . . .	188
5. Die Wahlvorschläge . . . . .	190
6. Das Abstimmungsverfahren . . . . .	190
7. Das erste Ermittlungsverfahren . . . . .	191
8. Das zweite Ermittlungsverfahren . . . . .	191
9. Das dritte Ermittlungsverfahren . . . . .	192
10. Das Wahlergebnis . . . . .	193
11. Die Anfechtung der Wahl . . . . .	193
III. Die Konstituierung des Nationalrats und die Bestellung der aus seiner Mitte zu wählenden Organe . . . . .	193
A. Die Einberufung des Nationalrats . . . . .	194
B. Die Organe des Nationalrats . . . . .	194
1. Die Präsidenten des Nationalrats . . . . .	194
2. Die Schriftführer und Ordner . . . . .	195
3. Der Hauptausschuss und sein Ständiger Unterausschuss (Art 55 B-VG) . . . . .	195
4. Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	196
5. Sonstige Ausschüsse . . . . .	196
6. Bildung und Funktion von Klubs . . . . .	198
IV. Die Auflösung des Nationalrats . . . . .	198
1. Die Auflösung durch Zeitablauf . . . . .	198
2. Die Auflösung durch Beschluss des NR . . . . .	198
3. Die Auflösung durch den BPräs . . . . .	199

V. Die Rechtsstellung der Mitglieder des Nationalrats	199
A. Beginn und Ende der Rechtsstellung	199
1. Beginn der Rechtsstellung	199
2. Ende der Rechtsstellung	200
B. Das freie Mandat	201
C. Die Immunität	201
1. Begriff und Sinn der Immunität	201
2. Die berufliche Immunität	202
3. Die außerberufliche Immunität	202
D. Die Inkompatibilität	204
Exkurs: Die Unvereinbarkeit öffentlicher Funktionen mit Stellungen in der Privatwirtschaft	205
1. Personenkreis	206
2. Verbot der Berufsausübung	206
3. Verbot der Auftragsvergabe	206
4. Verbot des Bekleidens bestimmter leitender Stellungen	207
5. Offenlegungspflicht	209
E. Die Pflichten des Abgeordneten	209
Exkurs: Die finanziellen Ansprüche öffentlicher Funktionäre	209
VI. Sitz, Gesetzgebungsperiode und Tagungen des Nationalrats	210
VII. Das Verfahren im Nationalrat	211
A. Die Debatte	212
B. Die Abstimmung	213
C. Die Beurkundung der Verfahrensakte	213
D. Die sachliche Immunität	214
E. Das Verfahren in den Ausschüssen	214
F. Besondere Verfahrensinstrumente	214
VIII. Die Kompetenzen des Nationalrats	214
A. Die Gesetzgebungskompetenz	214
B. Die Kompetenz zur Mitwirkung an der Vollziehung	215
C. Die Kompetenz zur Kontrolle der Vollziehung	215
<b>2. Kapitel: Der Bundesrat</b>	216
I. Rechtsstellung des Bundesrates	216
II. Die Zusammensetzung des Bundesrates	217
III. Die Bestellung der Organe des Bundesrates	219
A. Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Ordner, Fraktionen, Präsidialkonferenz, Administration, Ausschüsse	219
B. Die Rechtsstellung der Mitglieder des Bundesrates	220
IV. Sitz und Verfahren des Bundesrates	221
V. Die Kompetenzen des Bundesrates	221
<b>Exkurs: Die Bundesversammlung</b>	222
1. Organisation und Einberufung der Bundesversammlung	222
2. Rechtsstellung der Teilnehmer	223
3. Verfahren in der Bundesversammlung	223
4. Die Kompetenzen der Bundesversammlung	223
<b>3. Kapitel: Der Weg der Bundesgesetzgebung</b>	224
I. Allgemeines	224
II. Die Erzeugung von Bundesgesetzen	225
A. Die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens	226
B. Die Behandlung der Gesetzesvorschläge im Nationalrat	230
1. Die Behandlung der Gesetzesvorschläge bis zur Zuweisung an einen Ausschuss	230

2. Das Verfahren in den Ausschüssen des Nationalrats . . . . .	231
3. Die Zweite Lesung . . . . .	231
4. Die Dritte Lesung . . . . .	233
C. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung . . . . .	233
D. Die Volksabstimmung . . . . .	235
E. Die Beurkundung des Gesetzesbeschlusses . . . . .	236
F. Die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses . . . . .	237
III. Besondere Verfahren . . . . .	238
A. Besondere Verfahren zur Erzeugung von Bundesgesetzen . . . . .	239
1. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter weitergehender Mitwirkung des Bundesrates . . . . .	239
2. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter Ausschaltung des Bundesrates . . . . .	239
3. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter besonderen Abstimmungsbedingungen im Nationalrat . . . . .	239
4. Die Erzeugung von Bundesgesetzen unter Zustimmung der Länder . . . . .	240
B. Das Verfahren zur Erzeugung von Bundesverfassungsgesetzen (Verfassungsbestimmungen) . . . . .	240
1. Die Erzeugung teilländernder Verfassungsgesetze . . . . .	241
2. Die Erzeugung gesamtändernder Verfassungsgesetze . . . . .	241
3. Die Erzeugung von Verfassungsgesetzen unter weitergehender Mitwirkung des Bundesrates . . . . .	242
Exkurs: Die Erzeugung der Geschäftsordnung des Bundesrates . . . . .	242
<b>Exkurs: Der zeitliche Geltungsbereich von Bundesgesetzen . . . . .</b>	<b>242</b>
<b>4. Kapitel: Die Mitwirkung des Nationalrates und des Bundesrates an der Vollziehung des Bundes . . . . .</b>	<b>246</b>
I. Die politischen Kontrollrechte . . . . .	247
A. Das Interpellationsrecht . . . . .	248
1. Das klassische Interpellationsrecht . . . . .	249
2. Die Fragestunde . . . . .	249
3. Die Aktuelle Stunde . . . . .	250
B. Das Resolutionsrecht . . . . .	250
C. Das Enqueterecht . . . . .	250
II. Die Mitwirkung an der Setzung von Vollzugsakten . . . . .	252
<b>Exkurs: Das Haushaltsrecht des Bundes . . . . .</b>	<b>253</b>
I. Allgemeines . . . . .	254
II. Grundbegriffe des Haushaltsrechts – Rechtsnatur des Bundesfinanzgesetzes . . . . .	255
A. Grundbegriffe des Haushaltsrechts . . . . .	255
1. Das Haushaltsrecht . . . . .	255
2. Der Bundesvoranschlag (Budget, Etat) . . . . .	256
3. Die Gebarung . . . . .	256
4. Die Ziele der Haushaltsführung . . . . .	256
5. Verrechnung und Rechnungslegung . . . . .	257
B. Die Rechtsnatur des Bundesfinanzgesetzes . . . . .	257
III. Grundsätze der Budgeterstellung . . . . .	258
IV. Vorbereitung, Erstellung und Aufbau des Budgets . . . . .	259
A. Die Vorbereitung des Budgets . . . . .	259
B. Erstellung und Vorlage des Budgets . . . . .	260
C. Inhalt und Aufbau des Budgets . . . . .	261
1. Inhalt . . . . .	261
2. Aufbau . . . . .	261

V. Der Haushalt bei Fehlen eines Bundesfinanzgesetzes . . . . .	262
A. Das automatische Budgetprovisorium . . . . .	263
B. Bundesgesetzliche Budgetprovisorien . . . . .	264
VI. Die Gebarung des Bundes . . . . .	264
A. Die Ausgaben- und Einnahmengarung . . . . .	264
1. Allgemeines . . . . .	264
2. Die Spezialität des Budgets . . . . .	264
3. Vollzug der Einnahmen- und Ausgabengarung . . . . .	265
4. Budgetüberschreitungen . . . . .	266
5. Instrumente des Konjunkturausgleiches . . . . .	267
B. Die Schulden- und Vermögensgarung . . . . .	268
1. Die Schuldengarung des Bundes . . . . .	268
2. Die Vermögensgarung des Bundes . . . . .	269
VII. Gebarungsvollzug . . . . .	269
VIII. Rechnungslegung und Bundesrechnungsabschluss . . . . .	270

### **Vierter Teil: Die Vollziehung des Bundes**

<b>1. Kapitel: Arten, Prinzipien und Formen der Vollziehung . . . . .</b>	<b>271</b>
I. Arten der Vollziehung: Gerichtsbarkeit und Verwaltung . . . . .	271
A. Allgemeines . . . . .	272
B. Die Organe der Verwaltung . . . . .	273
C. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung . . . . .	275
Exkurs: Die Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	276
A. Allgemeines . . . . .	277
B. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Privatwirtschaftsverwaltung	278
C. Die Problematik der Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	279
II. Die Prinzipien der Vollziehung . . . . .	281
A. Gesetz und Vollziehung . . . . .	281
1. Das Ermessen . . . . .	287
2. Der unbestimmte Gesetzesbegriff . . . . .	288
B. Mittelbare und unmittelbare Vollziehung . . . . .	288
C. Die wechselseitige Hilfeleistungspflicht . . . . .	289
D. Die Amtsverschwiegenheit . . . . .	290
E. Die Auskunftspflicht . . . . .	291
F. Der Instanzenzug im Bereich der Verwaltung . . . . .	294
III. Die Rechtsformen des Verwaltungshandelns . . . . .	294
A. Allgemeines . . . . .	294
B. Die Verordnung . . . . .	295
1. Die Durchführungsverordnung . . . . .	299
2. Die gesetzvertretenden Verordnungen . . . . .	300
3. Die gesetzergänzenden Verordnungen . . . . .	301
4. Die gesetzändernden Verordnungen . . . . .	301
5. Die Kundmachung von Verordnungen . . . . .	301
C. Der Bescheid . . . . .	303
D. Unmittelbare behördliche Befehls- und Zwangsakte . . . . .	304
E. Die Weisung . . . . .	307
<b>2. Kapitel: Der Bundespräsident . . . . .</b>	<b>310</b>
I. Die Rechtsstellung des Bundespräsidenten . . . . .	310
A. Allgemeines . . . . .	310
B. Die Bestellung des Bundespräsidenten . . . . .	311
1. Die Wahl des Bundespräsidenten . . . . .	311
2. Der Amtsantritt des Bundespräsidenten . . . . .	313

C.	Das Ende des Amtes des Bundespräsidenten .....	313
D.	Rechte und Pflichten des Bundespräsidenten .....	314
E.	Die Vertretung des Bundespräsidenten .....	314
II.	Die Kompetenzen des Bundespräsidenten .....	315
A.	Allgemeines .....	315
B.	Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten allein zustehen .....	316
C.	Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten über Vorschlag der Bundesregierung zustehen .....	317
1.	Die völkerrechtliche Vertretung der Republik .....	317
2.	Notverordnungen des Bundespräsidenten .....	317
3.	Organisatorische Akte des Bundespräsidenten .....	318
4.	Befugnisse des Bundespräsidenten in Personalangelegenheiten .....	318
5.	Individualbefugnisse auf dem Gebiete des Strafrechts .....	320
6.	Die Ehelicherklärung (Legitimation) .....	320
D.	Die Kompetenzen, die dem Bundespräsidenten über Vorschlag anderer Organe zustehen .....	321
1.	Die Kompetenzen, die der Bundespräsident nur über Vorschlag des Bundeskanzlers ausüben kann .....	321
2.	Die Kompetenzen, die der Bundespräsident nur über Vorschlag sonstiger Organe ausüben kann .....	321
E.	Rechtsnatur und Form der Akte des Bundespräsidenten .....	321
<b>3. Kapitel:</b>	<b>Die Bundesregierung und ihre Mitglieder .....</b>	<b>322</b>
I.	Die Bundesregierung und ihre Mitglieder als oberste Organe der Bundesverwaltung .....	323
II.	Die Mitglieder der Bundesregierung .....	324
A.	Die Bestellung der Mitglieder der Bundesregierung .....	324
B.	Die Rechtsstellung der Mitglieder der Bundesregierung .....	325
1.	Die Verantwortlichkeit für die Amtsführung .....	325
2.	Die Stellung der Mitglieder der BReg gegenüber dem NR und dem BR .....	325
3.	Die Inkompatibilität der Mitgliedschaft zur BReg mit anderen öffentlichen Stellungen .....	326
4.	Bezüge und Pensionen der BM und der Staatssekretäre .....	326
C.	Die Vertretung bei zeitweiliger Verhinderung .....	327
1.	Die Vertretung des Bundeskanzlers .....	327
2.	Die Vertretung des Vizekanzlers .....	327
3.	Die Vertretung der übrigen Bundesminister .....	327
4.	Stimmrechtsübertragung .....	328
D.	Die Amtserledigung .....	328
E.	Die einstweilige Bundesregierung .....	328
F.	Die Kompetenzen des Bundeskanzlers .....	329
III.	Das Kollegialorgan Bundesregierung .....	330
A.	Errichtung und innere Organisation .....	330
B.	Die Kompetenzen der Bundesregierung .....	331
IV.	Die Bundesminister und die Bundesministerien .....	331
A.	Das Verhältnis zwischen Bundesminister und Bundesministerium .....	331
B.	Errichtung, Wirkungsbereich und innere Organisation der Bundesministerien .....	332
1.	Allgemeines .....	332
2.	Die Zahl der Bundesministerien .....	332
3.	Der Wirkungsbereich und die Geschäftsführung der Bundesministerien .....	333

4. Die innere Organisation der Bundesministerien .....	335
Exkurs: Die Staatssekretäre .....	337
<b>4. Kapitel: Die weisungsfreien Verwaltungsbehörden .....</b>	<b>337</b>
I. Allgemeines .....	338
II. Weisungsfreie Kollegialbehörden mit „richterlichem Einschlag“ .....	339
III. Die Schulbehörden des Bundes in den Ländern .....	341
A. Die Landesschulräte .....	341
B. Die Bezirksschulräte .....	342
IV. Sonstige weisungsfreie Verwaltungsbehörden .....	342
A. Die akademischen Behörden .....	342
B. Der unabhängige Finanzsenat .....	343
C. Die Spruch- und Berufungssenate gem § 66 Abs 1 FinStG .....	344
D. Weisungsfreie Verwaltungsbehörden im Bereich des öffentlich-rechtlichen Dienstrechts .....	344
E. Der unabhängige Umweltsenat .....	344
F. Der unabhängige Bundesasylsenat .....	344
G. Das Bundesvergabeamt .....	345
H. Die Finanzmarktaufsichtsbehörde .....	345
I. Die Bundeswettbewerbsbehörde .....	345
J. Die Regulierungsbehörden .....	346
<b>5. Kapitel: Verfassungsrechtlich vorgesehene sonstige Bundesbehörden .....</b>	<b>349</b>
I. Allgemeines .....	349
II. Bundespolizeibehörden, Sicherheitsdirektionen und bewaffnete Wachkörper .....	349
A. Die Bundespolizeibehörden .....	350
B. Die Sicherheitsdirektionen .....	350
C. Der Bundesminister für Inneres – die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit .....	351
D. Die Wachkörper .....	352
Exkurs: Die „Polizei“ .....	353
III. Die Bundesfinanzverwaltung .....	356
<b>6. Kapitel: Das Bundesheer .....</b>	<b>357</b>
I. Die Wehrverfassung, der Rechtscharakter des Bundesheeres und das Wehrsystem .....	357
A. Die Wehrverfassung .....	357
B. Der Rechtscharakter des Bundesheeres .....	358
C. Das Wehrsystem .....	358
II. Die Kompetenz in militärischen Angelegenheiten .....	359
III. Die Leitung des Bundesheeres .....	360
A. Allgemeines .....	360
B. Die Verfügungsbefugnis .....	360
C. Die Befehlsgewalt .....	361
D. Der Oberbefehl .....	361
IV. Die Grundzüge der Heeresorganisation .....	362
V. Die Kompetenzen des Bundesheeres .....	364
Exkurs: Die Hilfeleistung durch österreichische Einheiten im Ausland auf Ersuchen Internationaler Organisationen .....	365
<b>7. Kapitel: Die ordentliche Gerichtsbarkeit .....</b>	<b>366</b>
I. Allgemeines .....	366
II. Die Organisation der Gerichtsbarkeit .....	368

III. Die Organe der Gerichtsbarkeit .....	371
A. Allgemeines .....	372
B. Die Richter .....	372
C. Die Rechtspfleger .....	374
D. Die Mitwirkenden aus dem Volk .....	375
1. Die Geschworenen .....	376
2. Die Schöffen .....	377
3. Sonstige Beteiligung Mitwirkender aus dem Volke .....	378
IV. Das Verfahren der Gerichtsbarkeit. Das Verbot der Todesstrafe .....	378
<b>Fünfter Teil: Die Gesetzgebung und die Vollziehung der Länder</b>	
Allgemeines .....	381
<b>1. Kapitel: Die Gesetzgebung der Länder .....</b>	<b>383</b>
I. Die Landtage .....	383
A. Wahl, Konstituierung und Auflösung der Landtage .....	383
1. Die Wahlen zum Landtag .....	383
2. Die Konstituierung des Landtags .....	385
3. Die Auflösung des Landtags .....	385
B. Die Rechtsstellung der Mitglieder der Landtage .....	385
C. Die Geschäftsführung in den Landtagen .....	386
D. Die Kompetenzen der Landtage .....	387
II. Der Weg der Landesgesetzgebung .....	387
A. Die Erzeugung von Landesgesetzen .....	387
B. Die Erzeugung von Landesverfassungsgesetzen .....	390
III. Die Mitwirkung der Landtage oder des Volkes an der Landesvollziehung .....	391
A. Politische Kontrollrechte des Landtages .....	391
B. Das Haushaltsrecht und die Rechnungskontrolle der Länder .....	391
C. Mitwirkung des Volkes an der Landesvollziehung .....	392
<b>2. Kapitel: Die Vollziehung der Länder .....</b>	<b>392</b>
I. Die Organisation der Landesverwaltung .....	392
II. Die Landesregierung und ihre Mitglieder .....	393
A. Die Bestellung und Rechtsstellung der Mitglieder der Landesregierung .....	393
B. Die Landesregierungen und ihre Mitglieder als oberste Organe der Landesverwaltung .....	394
III. Das Amt der Landesregierung .....	396
IV. Die Landesagarsenate .....	398
V. Bundesverfassungsgesetzlich vorgesehene nachgeordnete Landesbehörden .....	398
A. Die Bezirkshauptmannschaften .....	398
B. Die Agrarbezirksbehörden .....	400
Exkurs: Die Verwaltung des Bundes im Bereich der Länder .....	400
A. Unmittelbare und mittelbare Bundesverwaltung .....	401
B. Die Organe der mittelbaren Bundesverwaltung .....	402
1. Der Landeshauptmann als Träger der mittelbaren Bundesverwaltung .....	402
2. Die Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung .....	403
C. Der Instanzenzug in der mittelbaren Bundesverwaltung .....	404
D. Die Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes im Bereich der Länder ..	404
Exkurs: Das Verhältnis der Länder zueinander .....	405
A. Gliedstaatsverträge .....	406
B. Gemeinsame Vollziehung mehrerer Länder .....	409
C. Grenzänderungen .....	409

### **Sechster Teil: Die Selbstverwaltung**

I. Begriff und verfassungsrechtliche Problematik der Selbstverwaltung . . . . .	410
II. Die Gemeinden . . . . .	413
A. Allgemeines . . . . .	414
B. Die Arten der Gemeinden . . . . .	416
C. Die Gemeindeorgane . . . . .	417
D. Das Verwaltungshandeln der Gemeinde . . . . .	420
E. Der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde . . . . .	421
1. Allgemeines . . . . .	422
2. Der Umfang des eigenen Wirkungsbereichs . . . . .	422
3. Änderungen des eigenen Wirkungsbereichs . . . . .	424
4. Die Aufsicht über den eigenen Wirkungsbereich . . . . .	425
F. Der übertragene Wirkungsbereich der Gemeinde . . . . .	428
G. Die Gemeindeverbände . . . . .	428
III. Die Gemeinde Wien . . . . .	430
A. Allgemeines . . . . .	430
B. Die Organe der Stadt Wien . . . . .	430
1. Der Gemeinderat . . . . .	430
2. Der Stadtsenat . . . . .	432
3. Der Bürgermeister . . . . .	432
4. Der Magistrat der Stadt Wien . . . . .	433
C. Der Instanzenzug in der Stadt Wien und die Kontrolle ihrer Organe . .	434
1. Der Instanzenzug in der Gemeindeverwaltung . . . . .	434
2. Der Instanzenzug in der Landesverwaltung . . . . .	435
3. Die Kontrolle der Gemeindeorgane in Bezug auf ihre Tätigkeit im Rahmen der Gemeindevollziehung . . . . .	436
IV. Die gesetzlichen Berufsvertretungen . . . . .	437
A. Allgemeines . . . . .	437
B. Die Wirtschaftskammern . . . . .	438
1. Die Organisation der Wirtschaftskammern . . . . .	438
2. Die Organe der Wirtschaftskammern . . . . .	438
C. Die Kammern für Arbeiter und Angestellte . . . . .	439
D. Die Landwirtschaftskammern . . . . .	439
E. Sonstige gesetzliche Berufsvertretungen . . . . .	440
V. Sozialversicherungsträger . . . . .	440

### **Siebenter Teil: Rechtsschutz und Kontrolle**

<b>1. Kapitel: Die unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern . . . . .</b>	<b>441</b>
I. Allgemeines . . . . .	442
II. Die Organisation der UVS . . . . .	444
A. Die Stellung der UVS in der Behördenorganisation . . . . .	444
B. Die Mitglieder der UVS . . . . .	444
C. Die Organe der UVS . . . . .	445
III. Die Kompetenzen der UVS . . . . .	446
A. Allgemeines . . . . .	446
B. Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen . . . . .	447
C. Beschwerden gegen Akte unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt (Maßnahmebeschwerden) . . . . .	447
D. „Sonstige Angelegenheiten“ . . . . .	448
E. Säumnisschutz in Privatanklagesachen, im landesgesetzlichen Abga- benstrafrecht und in den „sonstigen Angelegenheiten“ . . . . .	448

<b>2. Kapitel: Der Verwaltungsgerichtshof</b> .....	448
I. Allgemeines .....	450
A. Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	450
B. Das System der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit und deren rechtspolitische Gründe .....	451
II. Die Organisation des Verwaltungsgerichtshofes .....	452
A. Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes .....	452
B. Die Organe des Verwaltungsgerichtshofes .....	453
III. Die Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes .....	456
A. Die Kompetenzen im Allgemeinen .....	456
B. Die Bescheidbeschwerde .....	460
C. Die Säumnisbeschwerde .....	464
D. Die Weisungsbeschwerde .....	465
IV. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof .....	466
A. Die Parteien des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und ihre Rechte .....	466
B. Die Einleitung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	469
C. Prozessvoraussetzungen im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof .....	475
D. Die Einstellung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	477
E. Die Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde .....	479
F. Das Vorverfahren im Rahmen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	481
G. Die Verhandlung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren .....	483
H. Gegenstand des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	484
I. Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes .....	487
1. Form des Erkenntnisses .....	488
2. Inhalt des Erkenntnisses .....	488
3. Wirkung des Erkenntnisses .....	491
J. Die Kosten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens .....	492
K. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme im Verwaltungsgerichtshof- verfahren .....	494
<b>3. Kapitel: Der Verfassungsgerichtshof</b> .....	496
I. Allgemeines .....	498
II. Die Organisation des Verfassungsgerichtshofes .....	498
A. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes .....	498
B. Die Organe des Verfassungsgerichtshofes .....	501
III. Das Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof .....	503
A. Inhalt und Form der Eingaben .....	503
B. Das Vorverfahren .....	504
C. Die Verhandlung .....	504
D. Das Erkenntnis .....	505
E. Die Verfahrenskosten .....	505
F. Subsidiäre Anwendung der ZPO .....	505
IV. Die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes .....	506
A. Kausalgerichtsbarkeit .....	506
B. Kompetenzgerichtsbarkeit .....	508
1. Allgemeines .....	508
2. Entscheidung von Kompetenzkonflikten .....	508
3. Kompetenzfeststellung .....	512
C. Prüfung von Vereinbarungen .....	515
D. Prüfung von Verordnungen .....	516
1. Gegenstand der Verordnungsprüfung .....	517
2. Maßstab der Verordnungsprüfung .....	518

3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	519
4. Anfechtungsverfahren	523
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	524
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	525
E. Prüfung von Wiederverlautbarungen	527
1. Gegenstand der Wiederverlautbarungsprüfung	527
2. Maßstab der Wiederverlautbarungsprüfung	528
3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	528
4. Anfechtungsverfahren	529
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	529
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	530
F. Prüfung von Gesetzen	531
1. Gegenstand der Gesetzesprüfung	532
2. Maßstab der Gesetzesprüfung	533
3. Anfechtungsbefugnis und Anfechtungsberechtigung	535
4. Anfechtungsverfahren	539
5. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	539
6. Rechtswirkungen des Erkenntnisses	541
G. Prüfung von Staatsverträgen	542
H. Wahlgerichtsbarkeit	544
1. Überprüfung von Wahlen	544
2. Ausspruch des Mandatsverlustes	547
3. Anfechtung des Ergebnisses von Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen	549
I. Staatsgerichtsbarkeit	550
1. Gegenstand und Maßstab der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit	550
2. Anklageverfahren	552
3. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes	553
J. Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit	553
1. Gegenstand der Prüfung	555
2. Maßstab der Prüfung	556
3. Anfechtungsberechtigung	557
4. Anfechtungsverfahren	558
5. Entscheidungsbefugnis des Verfassungsgerichtshofes	560
Exkurs: Die Grundrechtsbeschwerde an den OGH	563
K. Der Verfassungsgerichtshof als Völkerrechtsgerichtshof	564
V. Die Exekution der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes	564
<b>4. Kapitel: Der Rechnungshof</b>	566
I. Allgemeines	566
II. Die Organisation des Rechnungshofes	567
A. Die Organwalter des Rechnungshofes	567
1. Personelle Zusammensetzung	567
2. Die Bestellung der Organwalter	567
3. Diensthöhe	568
4. Die Rechtsstellung der Organwalter	568
B. Die Leitung des Rechnungshofes	569
III. Die Kompetenzen des Rechnungshofes	569
A. Die Verfassung des Bundesrechnungsabschlusses	570
B. Die Mitwirkung bei der Begründung von Finanzschulden	570
C. Einkommenserhebung im Bereich der öffentlichen Wirtschaft	570

D. Die Kontrolle der Gebarung von Bund, Ländern und anderen Rechtsträgern .....	571
1. Die Gegenstände der Überprüfung .....	571
2. Die Initiative zur Prüfung .....	574
3. Die Maßstäbe der Überprüfung .....	575
4. Die Prüfungsmittel .....	575
5. Bekanntgabe und Berichtspflicht .....	576
E. Mitwirkung des Rechnungshofes bei der Erlassung von Verordnungen .....	577
F. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Rechnungswesens und in Personalangelegenheiten .....	578
1. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Rechnungswesens .....	578
2. Die Mitwirkung des Rechnungshofes in Angelegenheiten des Personalwesens .....	578
<b>5. Kapitel: Die Volksanwaltschaft .....</b>	<b>579</b>
I. Allgemeines .....	579
II. Die Organisation der Volksanwaltschaft .....	581
A. Die Mitglieder der Volksanwaltschaft .....	581
B. Der Vorsitzende der Volksanwaltschaft .....	582
C. Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung .....	583
D. Die interne Willensbildung .....	583
III. Die Kompetenzen der Volksanwaltschaft .....	584
IV. Der Umfang der Kontrolle durch die Volksanwaltschaft .....	585
V. Verfahren und Mittel zur Abstellung von Missständen .....	586
A. Die Initiative zur Kontrolle .....	586
B. Die Mittel der Prüfung .....	587
C. Das Verfahren vor der Volksanwaltschaft .....	587
D. Die Maßnahmen der Volksanwaltschaft .....	588
E. Berichtspflicht .....	589
<b>6. Kapitel: Die Rechtsschutzbeauftragten .....</b>	<b>590</b>
I. Allgemeines .....	590
A. Rechtsschutzdefizit durch neue Ermittlungsmethoden .....	590
B. Weisungsfreiheit .....	591
II. Der Rechtsschutzbeauftragte nach der StPO .....	592
III. Der Rechtsschutzbeauftragte nach dem SPG .....	593
IV. Der Rechtsschutzbeauftragte nach dem MilitärbefugnisG .....	593
<b>7. Kapitel: Amtshaftung, Organhaftung und Staatshaftung .....</b>	<b>594</b>
I. Allgemeines .....	594
II. Die Amtshaftung .....	596
A. Die materielle Regelung des Amtshaftungsanspruchs .....	597
1. Tatbestand und Umfang der Haftung .....	597
2. Der Ausschluss der Haftung des Rechtsträgers und die Verjährung des Anspruchs .....	601
B. Die materielle Regelung des Rückgriffsanspruchs .....	602
C. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Amtshaftungsanspruchs ..	603
D. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Regressanspruchs .....	604
III. Die Organhaftung .....	605
A. Die materielle Regelung der Organhaftpflicht .....	605
1. Der Haftungstatbestand und der Umfang der Haftung .....	605

2. Der Ausschluss der Haftung des Organwalters und die Verjährung des Anspruchs .....	606
3. Die Aufrechnung von Ansprüchen des Rechtsträgers .....	607
B. Die verfahrensrechtliche Durchsetzung des Anspruchs aus der Organhaftung .....	607
IV. Der Verzicht des Bundes auf Ersatzforderungen .....	608
V. Staatshaftung .....	608

**Achter Teil: Die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte  
(Die Grund- und Freiheitsrechte)**

I. Allgemeines .....	612
1. Der Begriff der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte .....	616
2. Die historische Entwicklung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte .....	617
3. Die Unterscheidung in Menschenrechte und Bürgerrechte .....	620
4. Grundrechtssubjektivität .....	620
5. Liberale, politische und soziale Rechte .....	622
6. Grundrechte als verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte des Einzelnen und als Bindung der Gesetzgebung .....	624
7. Drittwirkung und Fiskalgeltung .....	626
8. Institutsgarantien und institutionelle Garantien .....	629
9. Der Gesetzesvorbehalt .....	629
10. „Suspendierung“ von Grundrechten? .....	634
II. Die Rechtsquellen der Grundrechte .....	635
III. Gleichheitsgarantien .....	639
A. Der Gleichheitsgrundsatz .....	639
1. Allgemeines .....	642
2. Rechtsgrundlagen .....	644
3. Grundrechtsträger .....	646
4. Gleichheitsgrundsatz und Gesetzgebung .....	647
5. Gleichheitsgrundsatz und Vollziehung .....	659
B. Die gleiche Zugänglichkeit zu öffentlichen Ämtern .....	662
1. Ämterzugänglichkeit .....	662
2. Inländervorbehalt .....	663
IV. Rechte der Minderheiten .....	664
1. Allgemeines .....	665
2. Begriff „Minderheit“ .....	666
3. Gleichbehandlung .....	667
4. Sonderrechte .....	668
V. Freiheitsrechte .....	671
A. Das Recht auf Leben .....	671
1. Allgemeines .....	672
2. Eingriffe .....	673
3. Ausnahmen .....	673
B. Das Verbot der Folter und das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung .....	674
1. Allgemeines .....	675
2. Schutzbereich und Eingriffe .....	675
3. Bindung des Gesetzgebers .....	677
4. Bindung der Vollziehung .....	677
C. Das Verbot der Sklaverei, Leibeigenschaft, Zwangs- und Pflichtarbeit – Aufhebung des Untertänigkeits- und Hörigkeitsverbandes .....	678

D. Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens; die Freiheit des Aufenthaltes, der Einreise und der Auswanderung	679
1. Das Recht der Freizügigkeit der Person und des Vermögens	680
2. Die Freiheit des Aufenthaltes, Schutz vor Ausweisung und Auslieferung	681
3. Die Freiheit der Einreise	682
4. Die Auswanderungsfreiheit (Ausreisefreiheit)	683
E. Der Schutz der persönlichen Freiheit	683
1. Allgemeines	684
2. Persönliche Freiheit und Gesetzgebung	686
3. Persönliche Freiheit und Vollziehung	690
4. Die Rechte von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde	691
F. Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens	693
1. Allgemeines	694
2. Privatleben	695
3. Familienleben	697
4. Privat- und Familienleben und Gesetzgebung	699
5. Privat- und Familienleben und Vollziehung	700
G. Die Unverletzlichkeit des Hausrechts	701
1. Allgemeines	701
2. Begriff der Hausdurchsuchung	703
3. Hausdurchsuchung im Dienste der Strafjustiz	704
4. Hausdurchsuchungen im Bereich der Verwaltung	705
H. Der Schutz des Briefgeheimnisses	706
I. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses	707
J. Das Recht auf Datenschutz	708
1. Allgemeines	709
2. Unmittelbare Drittwirkung	711
3. Beschränkungen	712
K. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	714
1. Allgemeines	714
2. Schutzbereich und Eingriffe	716
3. Glaubens- und Gewissensfreiheit und Gesetzgebung	718
4. Glaubens- und Gewissensfreiheit und Vollziehung	719
L. Die Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgesellschaften	720
M. Die Kommunikationsfreiheit	723
1. Allgemeines	725
2. Meinungsfreiheit	726
3. Pressefreiheit	732
4. Rundfunkfreiheit	733
N. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit	735
1. Allgemeines	735
2. Vereinsfreiheit	737
3. Versammlungsfreiheit	739
O. Das Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	742
1. Allgemeines	744
2. Eigentumsrecht und Gesetzgebung	747
3. Eigentumsrecht und Vollziehung	752
4. Rückübertragung	752
P. Die Unterrichtsfreiheit, das Recht auf Bildung	754
Q. Die Freiheit der Erwerbstätigkeit	756
1. Allgemeines	757

2. Erwerbsfreiheit und Gesetzgebung .....	758
3. Erwerbsfreiheit und Vollziehung .....	761
R. Die Freiheit des Liegenschaftserwerbs .....	761
S. Das Petitionsrecht .....	763
T. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre .....	764
1. Individualrecht .....	764
2. Institutioneller Gehalt .....	766
U. Die Freiheit der Kunst .....	767
V. Die Freiheit der Berufswahl und der Berufsausbildung .....	769
VI. Organisations- und Verfahrensgarantien .....	771
A. Das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter .....	771
1. Allgemeines .....	771
2. Gesetzlicher Richter und Gesetzgebung .....	772
3. Gesetzlicher Richter und Vollziehung .....	773
B. Verfahrensgarantien in Zivil- und Strafsachen .....	776
1. Allgemeines .....	779
2. Zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen .....	780
3. Strafrechtliche Anklage .....	784
4. Entscheidung durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht .....	785
5. Faires Verfahren .....	789
6. Öffentliche mündliche Verhandlung .....	793
7. Angemessene Frist .....	794
8. Unschuldsvermutung .....	796
C. Nulla poena sine lege .....	797
D. Ne bis in idem .....	800
E. Das Recht auf wirksame Beschwerde .....	803
Exkurs: Das Rechtsschutzsystem der MRK .....	806
<b>Sachregister .....</b>	<b>811</b>

## Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
aaO	am angeführten Ort
AB	Ausschussbericht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch 1811, JGS Nr 946 idF BGBl I 2006/113, <i>Bydlinski</i> , Nr 10
AbgEO	Abgabenexekutionsordnung, BGBl 1949/104 idF BGBl I 2005/161
ABl	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs	Absatz
<i>Adamovich</i> ,	<i>Adamovich</i> , Handbuch des österreichischen Verfassungsrechts <sup>6</sup> (1971)
Verfassungsrecht	
<i>Adamovich/Funk</i>	<i>Adamovich/Funk</i> , Allgemeines Verwaltungsrecht <sup>3</sup> (1987)
<i>Adamovich/Funk</i> ,	<i>Adamovich/Funk</i> , Österreichisches Verfassungsrecht <sup>3</sup> (1985)
Verfassungsrecht	
<i>Adamovich/Funk/</i>	Österreichisches Staatsrecht, Bd 1 (1997), Bd 2 (1998), Bd 3 (2003)
<i>Holzinger</i> ,	
ADV	VO d BReg über die Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV), BGBl 1979/43 idF BGBl II 2002/310 (DFB)
AgrarBehG	Agrarbehördengesetz 1950, wv BGBl 1951/1 idF BGBl I 1999/191, <i>Schäffer</i> , Nr 190
Ah	Allerhöchst(es)
AHG	Amtshaftungsgesetz, BGBl 1949/20 idF BGBl I 1999/194 (DFB), <i>Schäffer</i> , Nr 23
<i>Aichreiter</i> ,	<i>Aichreiter</i> , Österreichisches Verordnungsrecht I und II (1988)
Verordnungsrecht	
AKG	Arbeiterkammergesetz 1992, BGBl 1991/626 idF BGBl I 2006/4
AMA-G	AMA-Gesetz 1992, BGBl 1992/376 idF BGBl I 2006/13
Anh	Anhang
Anm	Anmerkung
<i>Antoniolli/Koja</i>	<i>Antoniolli/Koja</i> , Allgemeines Verwaltungsrecht <sup>3</sup> (1996)
AnwBl [Jahr, Seite]	Österreichisches Anwaltsblatt
AÖR [Jahr, Seite]	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbeitszeitG	Arbeitszeitgesetz, BGBl 1969/461 idF BGBl I 2006/138
argum	argumentum, argumento
ARHG	Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz, BGBl 1979/529 idF BGBl I 2004/164
ARSP [Jahr, Seite]	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art	Artikel
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl 1985/104 idF BGBl I 2006/104, <i>Bydlinski</i> , Nr 215
AsylG	Asylgesetz 2005, BGBl I 2005/100
AuskunftspflichtG	Auskunftspflichtgesetz, BGBl 1987/287 idF BGBl I 1998/158; <i>Schäffer</i> , Nr 21
AuslandseinsatzG	Auslandseinsatzgesetz 2001, BGBl I 2001/55 idF BGBl I 2006/116
AusschreibungsG	Ausschreibungsgesetz 1989, BGBl 1989/85 idF BGBl I 2006/113, <i>Schäffer</i> , Nr 540

AußenhandelsG	Außenhandelsgesetz 2005, BGBl I 2005/50
AußStG	Außerstreitgesetz, BGBl I 2003/111 idF BGBl I 2006/92
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, wv BGBl 1991/51 idF BGBl I 2004/10 <i>Schäffer</i> , Nr 251
AVOG	Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl 1975/18 idF BGBl I 2006/99
AWG	Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl I 2002/102 idF BGBl I 2006/34, <i>Schäffer</i> , Nr 853
B	Beschluss
BAO	Bundesabgabenordnung, BGBl 1961/194 idF BGBl I 2006/143
<i>Barfuß</i> , Ressortzuständigkeit	<i>Barfuß</i> , Ressortzuständigkeit und Vollzugsklausel (1968)
bbl [Jahr, Seite]	baurechtliche blätter
Bd	Band
BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 – BDG 1979, BGBl 1979/333 idF BGBl I 2006/129
bearb	bearbeitet
Beh-ÜG	Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI 1945/94 idF BGBl I 2005/107, <i>Schäffer</i> , Nr 181
BeitrittsV	Vertrag zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Griechischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, der Portugiesischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Mitgliedstaaten der Europäischen Union) und dem Königreich Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland, dem Königreich Schweden über den Beitritt des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union, BGBl 1995/45 idF BGBl 1996/680 (DFB)
<i>Berchtold</i> , Bundespräsident	<i>Berchtold</i> , Der Bundespräsident (1969)
BerufsausbildungsG	Berufsausbildungsgesetz, BGBl 1969/142 idF BGBl I 2006/5
BesatzungsschädenG	Besatzungsschädengesetz, BGBl 1958/126
betr	betreffend
BezG	Bezügegesetz, BGBl 1972/273 idF BGBl I 2006/170
BezBegrBVG	Bezügebegrenzungsgesetz BGBl I 1997/64 idF BGBl I 2001/119
BFG	Bundesfinanzgesetz
BG	Bundesgesetz(e)
BGBl [Jahr/Nummer; ab 1997 Teil Jahr/ Nummer]	Bundesgesetzblatt
BGBIG	Bundesgesetzblattgesetz, BGBl I 2003/100
BGH	(österr) Bundesgerichtshof
B-GlBG	BG über die Gleichbehandlung im Bereich des Bundes, BGBl 1993/100 idF BGBl I 2005/165
Bgld	Burgenland
Bgm	Bürgermeister
BHG	Bundeshaushaltsgesetz 1986, BGBl 1986/213 idF BGBl I 2006/89, <i>Schäffer</i> , Nr 302
BK	Bundeskanzler

KA	Bundeskanzleramt
BlgNR mit Nummer und Gesetzgebungsperiode [zB 94 BlgNR 14. GP]	Beilage(n) zu den stenografischen Protokollen des Nationalrats
BM	Bundesminister, -ministerium, -ministerien
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesminister(ium) für Finanzen
BMGFJ	Bundesminister(ium) für Gesundheit, Familie und Jugend
BMG	Bundesministeriengesetz 1986, wv BGBl 1986/76 idF BGBl I 2007/6
BMI	Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	Bundesminister(ium) für Justiz
BMLFUW	Bundesminister(ium) für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesminister(ium) für Landesverteidigung
BMSK	Bundesminister(ium) für Soziales und Konsumentenschutz
BMUKK	Bundesminister(ium) für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesminister(ium) für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesminister(ium) für Wirtschaft und Arbeit
BMWF	Bundesminister(ium) für Wissenschaft und Forschung
BPräs	Bundespräsident
BPräsWG	Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, wv BGBl 1971/57 idF BGBl I 2003/90, <i>Schäffer</i> , Nr 101
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BReg	Bundesregierung
BundesbezügeG	Bundesbezügegesetz, BGBl I 1997/64 idF BGBl I 2004/142
Bundes-PersonalvertretungsG	Bundes-Personalvertretungsgesetz, BGBl 1967/133 idF BGBl I 2006/102
Bundes-SchulaufsichtsG	Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl 1962/240 idF BGBl I 2006/113
BundesstatistikG	Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl I 1999/163 idF BGBl I 2003/71
BV	Bundesversammlung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht Karlsruhe
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929, BGBl 1930/1 idF BGBl I 2007/5, <i>Schäffer</i> , Nr 1; <i>Bydlinski</i> , Nr 1
B-VG-Nov	Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle
BVG	Bundesverfassungsgesetz(e)
BVG-Rundfunk	BVG über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks, BGBl 1974/396
<i>Bydlinski</i> , Nr bzw	<i>Bydlinski</i> , Österreichische Gesetze (Loseblattausgabe seit 1981) beziehungsweise
CuR [Jahr, Seite]	Computer und Recht
d	das, dem, den, der, die
DenkmalschutzG	Denkmalschutzgesetz, BGBl 1923/533 idF BGBl I 1999/170
DevisenG	Devisengesetz, BGBl 1946/162 idF BGBl I 1998/60
DevisenG 2004	Devisengesetz 2004, BGBl I 2003/123
DFB	Druckfehlerberichtigung
dgl	dergleichen
dh	das heißt

---

dJBl	deutsche Juristenblätter
DNHG	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, BGBl 1965/80 idF BGBl 1983/169, <i>Bydlinski</i> , Nr 82
DÖV [Jahr, Seite]	Die öffentliche Verwaltung
DR [Band, Seite]	European Commission of Human Rights, Decisions and Reports
dRGBI	deutsches Reichsgesetzblatt
[Jahr/Teil, Seite]	
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
ds	das sind
DStG	Datenschutzgesetz 2000, BGBl I 1999/165 idF BGBl I 2005/13, <i>Schäffer</i> , Nr 56
DStR [Jahr, Seite]	Deutsches Steuerrecht. Zeitschrift für Praxis und Wissenschaft des gesamten Steuerrechts
DVBl [Jahr, Seite]	Deutsches Verwaltungsblatt
DVG	Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, wv BGBl 1984/29 idF BGBl I 2005/165
DWA	Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Direktwahlakt), ABl 1979 L 278, 1 idF 1979 L 291, 18; 1985 L 302, 24; 1993 L 33, 15; 1995 L 1, 2
E	Entscheidung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EB	Erläuternde Bemerkungen
ecolex [Jahr, Seite]	ecolex, Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
Economy [Jahr, Seite]	Economy-Fachmagazin
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	EG-Vertrag (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft)
EGVG	Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991, wv BGBl 1991/50 idF BGBl I 2005/106
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, RGGBl 1895/112 idF BGBl I 2006/7, <i>Bydlinski</i> , Nr 209
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EIWOG	Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz, BGBl I 1998/143 idF BGBl I 2006/106
Entschl	EntschlieÙung
EO	Exekutionsordnung, RGGBl 1896/79 idF BGBl I 2006/56, <i>Bydlinski</i> , Nr 220
EP	Europäisches Parlament
Erk	Erkenntnis
Erl	Erläuterungen
<i>Ermacora</i> , Handbuch	<i>Ermacora</i> , Handbuch der Grundfreiheiten und der Menschenrechte (1963)
<i>Ermacora</i> , Verfassungslehre	<i>Ermacora</i> , Österreichische Verfassungslehre (1970)

ernährung	ernährung, Österreichische Zeitschrift für Wissenschaft, Technik, Recht und Wirtschaft
etc	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGEI	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGRZ [Jahr, Seite]	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR [Jahr, Seite]	Europarecht
Europäische Integration	<i>Hanreich/Stadler</i> (Hrsg), Österreich – Europäische Integration, Bd 1, 2 (Texte), Bd 3 (Kommentare), (Loseblattausgabe seit 1977)
EUV	Europäischer Unionsvertrag (Vertrag über die Europäische Union)
EuZW [Jahr, Seite]	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvBl [Jahr/Nummer]	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen (in der Österreichischen Juristen-Zeitung)
EZB	Europäische Zentralbank
f	und der (die) folgende, für
ff	und die folgenden
FAG 1997	Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl 1996/201 idF BGBl I 2001/3, <i>Schäffer</i> , Nr 301
FAG 2005	Finanzausgleichsgesetz 2005, BGBl I 2004/156 idF BGBl I 2005/105
<i>Fasching</i> , Zivilprozeßrecht	<i>Fasching</i> , Lehrbuch des österreichischen Zivilprozeßrechts <sup>2</sup> (1990)
FeiertagsruheG	Feiertagsruhegesetz 1957, BGBl 1957/153 idF BGBl I 2006/113
FHStG	Fachhochschul-Studiengesetz, BGBl 1993/340 idF BGBl I 2006/43
FinStG	Finanzstrafgesetz, BGBl 1958/129 idF BGBl I 2006/99
FLD	Finanzlandesdirektion
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
FMAG	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, BGBl I 2001/97 idF BGBl I 2006/141
FN	Fußnote
<i>Fröhler/Oberndorfer</i>	<i>Fröhler/Oberndorfer</i> , Das österr Gemeinderecht, Loseblattausgabe in 2 Bänden ab 1980
<i>Frowein/Peukert</i> , Kommentar [Seite]	<i>Frowein/Peukert</i> , Europäische Menschenrechtskonvention. EMRK-Kommentar <sup>2</sup> (1996)
FS	Festschrift
FSG	Führerscheingesetz, BGBl I 1997/120 idF BGBl I 2006/153
FS VwGH	<i>Lehne/Loebenstein/Schimetschek</i> (Hrsg), Die Entwicklung der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes (1970)
FS 75 Jahre B-VG	Österreichische Parlamentarische Gesellschaft (Hrsg), 75 Jahre Bundesverfassung (1995)
<i>Funk</i> , Neuerungen	<i>Funk</i> , Die Anfechtung verfahrensfreier Verwaltungsakte vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts in <i>Mayer/Rill/Funk/Walter</i> (Hrsg) Neuerungen im Verfassungsrecht (1976) 49
<i>Funk</i> , Neuordnung	<i>Funk</i> , Leistungsmängel der bestehenden Kompetenzverteilung in Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst (Hrsg) Neuordnung der Kompetenzverteilung in Österreich (1991)

# Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer

# Bundesverfassungsrecht

Die Verfassung „im Grundriss“ ist ein Stück österreichischer Rechtsidentität. Alle grundlegenden und aktuellen Elemente des Verfassungsrechts sind in der Neubearbeitung in bewährt systematischer Klarheit aufbereitet:

- Gesetzgebung und Vollziehung des Bundes und der Länder
- Selbstverwaltung
- Rechtsschutz und Kontrolle
- Grund- und Freiheitsrechte

Der Teil, der die Grund- und Freiheitsrechte behandelt, wurde nach umfassender Überarbeitung wesentlich erweitert. Auch die Wahlrechtsreform 2007 ist bereits berücksichtigt.

DDr. Dr.h.c. **Robert Walter** ist emeritierter o.Universitätsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien und Autor zahlreicher Publikationen zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht und zur Rechtstheorie.

o.Univ.-Prof. DDr. **Heinz Mayer** ist Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und Autor zahlreicher Publikationen zum Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht.

Univ.-Prof. Dr. **Gabriele Kucsko-Stadlmayer** lehrt am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien, ist Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs und Mitautorin beim Kommentar zum EU- und EG-Vertrag.

[www.manz.at](http://www.manz.at)

ISBN 978-3-214-08889-7

